




# **Vertrauen als Schlüssel zur Überwindung der Finanzmarktkrise**

**Andreas Schmitz**

Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, Berlin, und  
Sprecher des Vorstands der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Parlamentarischer Abend  
der Bankenvereinigung Nordrhein-Westfalen

4. November 2009, Düsseldorf



Sperrfrist: 19:00 Uhr

**Lieber Herr Dr. Leberling**

**Meine sehr verehrten Damen und Herren,**

**2009 ist ein Jahr der Jubiläen und Gedenktage: 60 Jahre Grundgesetz und Gründung der Bundesrepublik Deutschland sowie Abschluss des Nato-Vertrages, 20 Jahre Mauerfall und Ende der SED-Diktatur sowie zehn Jahre Euro – Jahrestage, an die wir uns gerne erinnern.**

**2009 hat sich aber mit der großen Depression der Weltwirtschaftskrise auch ein Ereignis zum 80. Mal gejährt, dessen Wiederholung die Wissenschaft ebenso wie die Praktiker an den Finanzmärkten für nahezu ausgeschlossen hielten, an das wir uns aber alle angesichts der dramatischen Tage im September und Oktober letzten Jahres zurückerinnert fühlten. Mir geht es um die wirtschaftlichen Parallelen zwischen 1929 und heute.**

**Wenn man sich klar macht, dass unmittelbar nach dem 15. September 2008 – als die Post-Lehman-Ära, wie wir diese Zeit schon heute nennen, begann – das Kreditgeschäft zwischen den Banken praktisch zusammenbrach; dass der Zinssatz, zu dem sich Banken in London über Nacht Geld leihen, mit fast 7 % auf einen historischen Höchststand kletterte (zurzeit liegt er übrigens bei rund 0,2 %); dass der Welthandel und die Produktion in einigen großen Industrieländern sowie die Weltbörsen noch viel stärker einbrachen als 1929, dann zeigt das, wie nah wir in den ersten sechs Monaten nach Lehman**

einer zweiten großen Depression gekommen sind, wie nah wir weltwirtschaftlich dem Abgrund waren.

Der entscheidende Unterschied zwischen damals und heute liegt in der Politik. Während in den dreißiger Jahren die Notenbanken die Geldversorgung mitten in der Krise einschränkten, fluteten diesmal die Fed und die EZB die Weltwirtschaft mit Billionen von Dollar und Euro. Statt gegen die Krise anzusparsen, wurde diesmal die Nachfrage durch das größte keynesianische Konjunkturprogramm aller Zeiten angekurbelt. Und suchte damals eine Welle des Protektionismus die Welt heim, so arbeiten heute die Staaten in Gremien wie G20, IWF und Weltbank zusammen. Kurzum: Die Welt steht heute besser da als Anfang der dreißiger Jahre, weil die Politik nicht, wie damals, katastrophal versagt hat, im Gegenteil.

Aber auch heute bleibt der Weg in die Normalität – auch wenn die akuten Gefahren der Finanzmarktkrise inzwischen wohl gebannt sind – schwierig und wird noch die eine oder andere unangenehme Überraschung für uns bereithalten. Dies sage ich ganz bewusst, denn ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, dass die guten Zahlen der letzten Monate bei vielen Akteuren wie Beobachtern schon die Illusion von Normalität erzeugt haben. Doch was aktuell an den Finanzmärkten passiert, ist (noch) nicht das Spiegelbild einer sich bessernden Konjunktur und der Wirtschaftsaufschwung noch lange kein selbsttragender.

**Auf viele der derzeit schwierigen Fragen, meine Damen und Herren, gibt es keine einfachen Antworten. Und eine Aussage wie die unseres neuen Bundesfinanzministers, er wolle mit Blick auf den eher nebligen Zustand der Weltwirtschaft auf Sicht fahren, ist dieser Tage sicherlich nicht das Schlechteste.**

**Regierungen und Notenbanken, meine Damen und Herren, sind um ihre Aufgaben sicherlich nicht zu beneiden: Wann sollen sie den Märkten die Liquidität wieder entziehen? Wie können sie einen erneuten Einbruch ebenso vermeiden wie den Ausbruch von Inflation? Wie schnell sollen die neuen, von uns grundsätzlich unterstützten Eigenkapitalvorschriften von den Banken umgesetzt werden? Geht es zu schnell, droht erneut eine Destabilisierung. Geht es zu langsam, drohen möglicherweise neue Fehlentwicklungen, die dann ihrerseits wieder destabilisierend wirken.**

**Sicher ist allerdings eines: Je schneller in Vergessenheit gerät, wie nah die Welt noch vor ein paar Monaten einer Wiederholung der großen Depression war, desto größer ist die Gefahr, dass die Katastrophe uns doch noch einholt.**

**Gemeinsam mit Industrie und Politik müssen wir seitens der Banken daher Lösungswege diskutieren, wie es in unserem Land weitergehen muss. Dabei wollen wir den Blick ausdrücklich nach vorn richten. Aber nicht etwa, weil wir**

**Banken dadurch unserer unbestrittenen Verantwortung für die Vergangenheit entkommen wollen, sondern weil wir glauben, dass es wichtiger ist, die anstehenden Probleme jetzt mit aller Kraft anzugehen und sie zu lösen. Und sehen wir zu, dass wir uns dabei auch nicht – typisch deutsch – in eine Kardinaldebatte über den Kapitalismus als solchen versteigen und damit die Lösung konkret anstehender Probleme vertagen. In dieser Hinsicht, und ich unterstreiche das, in dieser Hinsicht können wir etwas von den Angelsachsen lernen.**

**Rückblickend muss man jedoch konstatieren, dass es uns in Deutschland gut angestanden hätte, mehr Selbstwertgefühl aufzubringen, um einem angelsächsischen, unter dem Deckmantel der Globalisierung daherkommenden Furor unsere eigenen Erfahrungen, Überzeugungen und Erfolge entgegenzuhalten. Ich bin mir sicher, dass es viele Momente gab, in denen deutsche Politiker, Unternehmer und Banker auf internationalen Foren und im Alltag den Verkündern des „Alles geht“ hätten entgetreten können, denn „Freiheit ist kein Vorrecht, die besten Plätze für sich selbst zu reservieren.“**

**Fragen wir uns also, wo steht unser Land einen Monat nach der Bundestagswahl? Wo stehen unsere Banken in der Gesellschaft? Haben sie die richtigen Lehren gezogen? Welche Konsequenzen ergeben sich für den Staat und seine Aufsichtsinstitutionen? Wie gelingt die Rückkehr zu Wachstum und Innovationskraft? Und nicht zuletzt: Wie geht es weiter mit**

**den Staatsfinanzen? Es ist ja nicht so, als wären die vor der Finanzkrise in bester Verfassung gewesen. Und der 130 Seiten schwere Koalitionsvertrag gibt hierzu nur wenig her. Wenn man dem Ganzen mit Bezug auf die Staatsfinanzen einen positiven Anstrich geben möchte, so müsste man sagen, die neue Koalition beweist Mut zur Lücke.**

**Da das Thema meines heutigen Vortrags „Vertrauen als Schlüssel zur Überwindung der Finanzkrise lautet“, möchte ich mich ab jetzt auch auf das Thema „Vertrauen“ konzentrieren. Denn in keiner anderen Finanzkrise ging so viel Vertrauen verloren wie in dieser: Vertrauen in die Banken, Vertrauen in die Märkte, Vertrauen in die Finanzaufsicht, bis hin zum Vertrauen in das ganze marktwirtschaftliche System. Zwei Punkte halte ich hier für besonders wichtig:**

**Zum einen: Wie steht es mit dem Vertrauen der Menschen in unsere Branche? Was müssen wir tun, um es, wo es verspielt wurde, zurückzugewinnen? Und zum anderen: Wie können wir das Vertrauen in unser Wirtschaftssystem, in die Soziale Marktwirtschaft wieder stärken? Wie müssen wir das Verhältnis von Politik und Markt austarieren? Nur wenn dies gelingt, kann unsere Volkswirtschaft auch langfristig wieder Tritt fassen; nur dann ist diese Krise keine „verschwendete“ Krise.**

**Zunächst zum Vertrauen in die Banken: Banken brauchen das Vertrauen ihrer Kunden wie Fische das Wasser. Ohne Vertrauen ist Bankgeschäft nicht denkbar. Und Banken haben**

**selbst dazu beigetragen – manche mehr, manche weniger –, dass ebendieses Vertrauen Schaden genommen hat.**

**Zu diesen Fehlern, meine Damen und Herren, bekennen wir uns ausdrücklich. Nicht nur heute, und nicht erst heute. Diese Fehler reichten von unzureichenden Risikovorsorgemodellen über verfehlte Anreizsystemen, überkomplizierte und dann auch noch mehrfach voneinander abgeleitete, verschachtelte Produkte, unverantwortliche Hebelwirkungen und zweifelhafte, weil nicht tragfähige Geschäftsmodelle bis zu Investitionsentscheidungen, die nicht mehr dem wirtschaftlichen Kalkül oder dem Verstand, sondern nur noch dem Herdentrieb folgten.**

**Dabei ist das Erschreckendste an dieser Krise für uns Banken, dass sie nicht etwa von außen kam, etwa durch politische Spannungen oder die Verknappung von Rohstoffen. Nein, diese Finanzkrise, die erste wirklich weltweite, kam zuvor nicht ausschließlich, aber doch weitgehend aus dem Finanzsystem selbst, quasi aus unserem Rückenmark.**

**Fehler einzugestehen ist das Eine. Sie zu korrigieren und alles zu tun, damit sie sich nicht wiederholen, ist das Andere – und es ist viel schwieriger. Aber es ist unabdingbar, um Vertrauen zurückzugewinnen. Und deshalb kann es jetzt im Kern doch nur darum gehen, die Teile der Finanzwirtschaft – und ich sage ganz bewusst: die Teile, die durch ihr Agieren den gesellschaftlichen Konsens verlassen haben – auf den**

**richtigen Weg und in die Gemeinschaft der Wirtschaft zurückzuführen, in die sie gehören. Das geht meines Erachtens nur über die Anerkennung wirtschaftlicher Tatsachen als Grundlage unternehmerischen Handelns, die Ausübung von Verantwortung als Grundlage unternehmerischen Denkens und die Beherrschung von Risiken als Grundlage unternehmerischen Planens.**

**Nun hieße es, die Realitäten zu verdrängen, wenn man glauben würde, diese Erkenntnis wäre heute schon überall im Finanzsektor angekommen oder sogar schon flächendeckend umgesetzt. Der große Bankier Siegmund Warburg sprach insofern schon einmal von „Wunschdenken ohne Denken“. Genauso verfehlt ist es aber, den deutschen Banken vorzuwerfen, sie seien kaltschnäuzig zum „business as usual“ zurückgekehrt. Das wird den Anstrengungen in unseren Häusern, aus Fehlern redlich zu lernen, in keiner Weise gerecht. Viele Lehren sind schon gezogen, vieles wird umgesetzt und anderes ist auf dem Weg. Aber gewiss muss und wird dieser Prozess noch weitergehen.**

**Deutliche und nachweisbare Fortschritte gibt es insbesondere**

- bei der Verbesserung unserer Eigenkapitalausstattung und der Größe unserer Liquiditätspuffer,**
- bei der Neuausrichtung unseres Risikomanagements,**
- bei der Standardisierung und Transparenz der von uns vertriebenen Finanzprodukte als auch**

- bei der Überprüfung und Anpassung der Vergütungsmodelle.

Dabei ist mir bewusst, dass gerade das letzte Thema wie kein anderes in diesen Tagen das öffentliche Bild von uns Banken prägt. Gewiss waren Boni nicht die Ursache der Krise. Aber hätten die Marktteilnehmer sich selbst jene Grenzen gesetzt, die man ganz einfach mit Anstand, Bescheidenheit und Maß umschreiben kann, wäre es wohl nicht zu einer Krise dieses Ausmaßes gekommen.

Und in all der Aufregung über Boni sollten wir eines nicht vergessen: Die allermeisten Beschäftigten in den Banken waren und sind davon überhaupt nicht betroffen. Exzesse, die jegliches Feingefühl für die Menschen auf der Straße, die das alles schon lange nicht mehr verstehen, vermissen ließen, gab es vornehmlich im Investment Banking, und hier vor allem an der Wall Street und in der Londoner City. Was dort praktiziert wurde, belohnte viel zu oft nur den Schein von Ertrag, und zwar selbst dann noch, als sich dieser Schein endgültig als Illusion erwies.

Und wenn man diesen sehr fragwürdigen Gewinn einer Minderheit nun der Summe aller jetzt entstehenden Einbußen bei der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung als Folge der Finanzkrise gegenüberstellt, sei es durch Arbeitsplatzverlust oder dadurch, dass man eines Tages durch Steuererhöhungen belastet wird, so ist es fast unmöglich, diese Ungleichung ohne Beruhigungsmittel zu lösen.

**Umso mehr bereitet mir Sorge, wenn hier und dort mit den Gewinnen einiger Investmentbanken im Rahmen eines verblüffenden Nostalgieprogramms auch deren schlechte Sitten zurückkehren - obwohl doch zumindest ein Teil der Gewinne staatlicher Hilfe und dem billigen Geld der Notenbanken geschuldet ist.**

**Und deswegen, meine Damen und Herren, ist es so wichtig, dass wir es hier nicht bei Lippenbekenntnissen belassen, sondern strukturelle Änderungen vornehmen mit dem Ziel, erfolgsabhängige Bonuszahlungen am langfristigen, am nachhaltigen Unternehmenserfolg auszurichten. Misserfolg darf in keiner Weise belohnt werden. Und noch etwas anderes muss gelten, eine weitere Regel für maßvolles Handeln: nämlich die Haftung desjenigen, der Risiken eingeht. „Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen“, so hat es Walter Eucken ausgedrückt.**

**Vertrauen, meine Damen und Herren, ist aber nicht nur aus emotionalen Erwägungen abgeleitet, sondern auch aus Routine und Erfahrung, aber insbesondere aus Vernunft. Getreu dem Motto: Was mir bei näherer Betrachtung vernünftig erscheint, dem bringe ich Vertrauen entgegen.**

**Und hätten die Akteure auf beiden Seiten des Finanzmarkts mit mehr Vernunft agiert, dann wäre Ihnen das Vertrauen auch nicht in diesem Ausmaß entzogen worden bzw aus Sicht des Kunden und Investoren verloren gegangen.**

**Zu eben dieser Vernunft innerhalb der Banken gehört auch - ein wichtiger Punkt nach den Erfahrungen der Krise – eine verantwortungsvolle Kreditvergabe.**

**Herr Dr. Leberling hat in seiner Rede richtig bemerkt, dass es nach wie vor in Deutschland keine generelle Kreditklemme gibt. Vielmehr können wir von einer Konditionen- und Kreditwürdigkeitsklemme sprechen.**

**Anerkennen müssen wir aber, dass es Probleme in einigen Bereichen gibt, die auch noch zunehmen könnten und dass den Unternehmen und den Banken noch schwierige Monate ins Haus stehen, weil der dramatische Einbruch der Wirtschaft eben zu sinkenden Bonitäten der Unternehmen führt und dies das ohnehin strapazierte Eigenkapital der Banken weiter belasten wird.**

**Vernunft heißt auch, dass man pragmatisch auf Instrumente wie KfW-Globaldarlehen zurückgreift. Und dass man den Verbriefungsmarkt wiederbelebt, weil Verbriefungen im Kern sinnvoll sind, auch wenn sie durch Missbrauch zu einer der Hauptursachen, ja, zum Synonym der Krise geworden sind.**

**Aber es ist hier nicht anders als bei einem Medikament: In guter Qualität und richtiger Dosis kann es Leben retten, in schlechter Qualität und im Übermaß kann es Leben vernichten.**

**Wenn wir schon über Vernunft sprechen, meine Damen und Herren, so können wir auch einen Blick auf die Vernunft bei der Regulierung von Banken werfen. Klar ist: Banken brauchen bessere Regulierung, und zwar weder light noch exzessiv, wohl aber intelligent und stringent.**

**Ein Beispiel und zugleich ein Thema, das ganz oben auf der Agenda steht: die Frage der künftigen Eigenkapitalanforderungen.**

**Unstrittig ist, dass wir künftig mehr Eigenkapital brauchen – die Märkte verlangen das ja heute schon, weit über die offiziellen regulatorischen Standards hinaus. Wenn wir diese Standards nun erhöhen, dann müssen alle dazu getroffenen Maßnahmen aufeinander abgestimmt sein.**

**Die kumulativen Effekte dürfen nicht ausgeblendet werden, damit Banken unter dem Strich nicht so belastet werden, dass sie unter dieser Last in die Knie gehen – Stichwort Kreditvergabe.**

**Auch auf das Timing kommt es an. Höhere Kapitalanforderungen dürfen nicht in der Krise wirksam werden.**

**Mit der Finanzbranche ist es hier wie mit einem Patienten, der nach dem schweren Herzinfarkt nach Intensivstation und**

**Krankenzimmer jetzt in der Reha angekommen ist. Bei dem gilt auch: Verordneter Ausdauersport ja, aber erst, wenn die Grundkondition wieder stimmt.**

**Falsch wäre zur Bemessung des aufsichtlich geforderten Eigenkapitals auch eine Leverage Ratio, weil sie nämlich kein risikosensitives Instrument ist. Bei Krediten ist eben nicht einer wie der andere. Aus gutem Grund sieht Basel II vor, dass die Eigenkapitalunterlegung, anders als bei einer Leverage Ratio, nach den Risiken gewichtet wird. Eine Leverage Ratio kann allenfalls Teil eines Frühwarnsystems sein – Basel II ersetzen kann sie nicht.**

**Die nächste Frage ist: Was wird als Eigenkapital anerkannt? Ich will nicht technisch werden, deshalb nur so viel: An dieser Stellschraube zu drehen erfordert besonders viel Fingerspitzengefühl. Aus deutscher Sicht geht es hier vor allem um die stillen Einlagen.**

**Man kann es auch so ausdrücken: Wenn morgen nur noch Grundkapital und Gewinnrücklagen als hartes Kernkapital anerkannt würden, würde die deutsche Wirtschaft in ernsthafte Schwierigkeiten geraten, weil die Banken ihre Bilanzen sofort dramatisch verkürzen müssten. Man würde den Banken unten den Boden wegziehen, auf dem sie Kredite vergeben können – während man von oben doch ruft: Bitte gebt uns doch mehr Kredite! Das wäre absurd und selbstmörderisch zugleich.**

**Einfache Antworten gibt es ebenso wenig auf eine andere Frage: die Frage, ob Banken in ihrer Größe beschränkt werden müssen. Das Argument klingt plausibel:**

**Wenn Banken so groß werden, dass der Staat in jedem Fall für sie einstehen muss, wenn sie – dies ist das Schlagwort – „too big to fail“ sind, dann wird der Staat erpressbar und am Ende – im Falle eines Falles – der Steuerzahler zur Kasse gebeten.**

**Aber ist die Größe einer einzelnen Bank wirklich das entscheidende Kriterium für ein systemisches Risiko? Weder Lehman noch die HRE oder die IKB waren groß – aber sie waren mit dem Rest des Finanzsystems in einer Art verflochten, die uns beinahe zum Verhängnis geworden wäre.**

**Also heißt das wahre Problem: „too connected to fail“. Darum müssen wir uns kümmern. Auch bei einer Brücke kommt es ja nicht nur auf die großen, sondern im Zweifel auf jeden Pfeiler an. Oder anders gesagt: Wenn Dominosteine umfallen, ist es egal, ob zehn große oder hundert kleine umfallen. Wenn alle fallen, ist der Schaden immer maximal. Also muss es darum gehen, die Kettenreaktion zu unterbrechen.**

**Wichtig wäre vor allem, die Aufsichtsbehörden in die Lage zu versetzen, gefährdete Banken frühzeitig und ohne Gefahr für das Finanzsystem abzuwickeln oder zu restrukturieren. Das geht nur über eine Reform des Insolvenzrechts und neue Befugnisse für die Aufsicht, damit ein „too difficult to resolve“**

**in Zukunft kein Argument mehr für eine steuerzahlergestützte Bankenrettung ist. Bei einer solchen Restrukturierung sollten aber nicht nur die Eigentümer – also die Aktionäre – zur Rechenschaft gezogen werden, sondern auch diejenigen, die den Krisenbanken im Rahmen eigenkapitalähnlicher Strukturen Geld geliehen haben. Das ist gerecht und trägt dazu bei, dass die Geldgeber zukünftig die Risiken genauer prüfen.**

**Vertrauen in die Kreditwirtschaft, meine Damen und Herren, gibt es nicht – mein nächster Punkt – ohne Vertrauen in die Finanzaufsicht. Eine leistungsfähige Aufsicht, daran hat die Finanzkrise nichts geändert, ist ein Gütesiegel für einen Finanzplatz – und somit auch, umgekehrt, ein hohes, schützenswertes Gut.**

**In Deutschland will die neue Bundesregierung deshalb die Aufsicht unter das Dach der Bundesbank bringen. Wenn man diesen Weg geht, kommt es allerdings nicht nur auf neue Strukturen und Zuständigkeiten an.**

**Entscheidend ist, dass die Aufsicht qualitativ besser, noch besser wird. Vieles ist hier noch zu diskutieren – etwa die Integration der Versicherungsaufsicht, und vor allem auch die Beziehung zwischen Finanzministerium und Bundesbank.**

**Entscheidend für mich in diesem Zusammenhang ist, dass dabei die im EU-Vertrag festgeschriebene Unabhängigkeit der**

**Bundesbank gewahrt bleibt und nicht mit der Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben in der Finanzaufsicht kollidiert.**

**Meine Damen und Herren, mindestens so wichtig wie die nationale Ebene ist hier die europäische. Ich möchte es positiv ausdrücken: Die Finanzkrise – der es dazu aber weiß Gott nicht bedurft hätte – bietet die Chance, mit dem Aufbau einer europäischen Aufsicht für grenzüberschreitend tätige Institute endlich voranzukommen.**

**So weit – und so gut – die Pläne. Wichtig sind nun zwei Dinge. Erstens: Die Pläne dürfen in der Umsetzung nicht verwässert werden. Sonst würden die neuen Aufsichtsbehörden als Tiger springen und als Bettvorleger landen. Das wäre l'art pour l'art, wäre europäische Verwaltung zum Selbstzweck.**

**Und zweitens: Was bankaufsichtlich für die Finanzmarktstabilität nötig ist, darf nicht deshalb auf der Strecke bleiben, weil es am Ende, wenn es einmal ernst wird, zu fiskalischen Konflikten zwischen den Nationalstaaten kommt. Das alles muss mitbedacht und vorab geklärt werden. Wenn es brennt, ist es ja auch nicht gut, erst diskutieren zu müssen, wer die Feuerwehr bezahlt.**

**Ich gehe aber noch einen Schritt weiter. Wenn international tätige Banken lückenlos überwacht werden sollen, dann muss – auf mittlere Frist – die Aufsicht über diese Häuser samt**

**Kompetenzen an einer Stelle in Europa gebündelt werden. Dies wäre der entscheidende Schritt zu einer europäischen Aufsicht aus einer Hand und aus einem Guss.**

**Aber nicht nur wir Banken, meine Damen und Herren, sondern alle Akteure an den Finanz- und Kapitalmärkten müssen Vertrauen zurückgewinnen. Wirtschaft ist kein Selbstzweck, wie das Gebaren mancher Marktakteure nahelegen konnte, sondern findet in der Gesellschaft und für die Gesellschaft statt. Die Wirtschaft ist nicht nur abhängig von ihrem Umfeld, sondern hat auch eine soziale Verantwortung. Probleme entstehen immer dann, wenn sich Teile des wirtschaftlichen Systems verselbständigen, in dem sie eigene Gesetzmäßigkeiten begründen und sich damit vom gesellschaftlichen und kulturellen Konsens entkoppeln. Und damit bin ich bei meinem zweiten Punkt: Dem Vertrauen in unsere Wirtschaftsordnung.**

**Politik und Bevölkerung haben zu einem nicht geringen Ausmaß das Vertrauen in das freie Spiel der Marktkräfte, in die innovative Kraft des Wettbewerbs und die Integrität von Managern und Aufsichtsbehörden verloren. Wenn acht von zehn erwachsenen Deutschen laut unserer aktuellen Umfrage meinen, starke Unternehmen mit guten Gewinnen brächten für unsere Gesellschaft keinen Nutzen, und wenn vier von zehn Deutschen hohe Gewinne sogar für moralisch bedenklich halten, dann haben nicht nur die Unternehmen in Deutschland, sondern dann haben wir alle, dann hat unsere Gesellschaft insgesamt ein Problem.**

**Schnell wird dieses bedenkliche Stimmungsbild allein der Finanz- und Wirtschaftskrise zugerechnet. Aber das geht fehl. Denn schon 2005 haben beachtliche drei Viertel aller Deutschen den gesellschaftlichen Nutzen von Unternehmensgewinnen bezweifelt.**

**Im Unterschied zu 2005 wird heute allerdings die Finanzkrise nicht nur zur Schicksalsfrage für die Finanzwirtschaft und zum Belastungstest für die Realwirtschaft, sondern auch zur Glaubensfrage für unsere Wirtschaftsordnung und damit für das Verhältnis zwischen Markt und Staat.**

**Offenkundig ist einer Mehrheit schon länger nicht mehr bewusst, dass die Grundlage von Wohlstand vor allem durch erfolgreiches Wirtschaften gelegt wird, und dass gesunder Eigennutz dabei die wesentliche Antriebsfeder wirtschaftlichen Wachstums ist. Aber wir müssen nicht nur daran erinnern, welche Bedeutung Unternehmensgewinne haben. In Vergessenheit droht auch zu geraten, dass nur die Soziale Marktwirtschaft sozialen Ausgleich und effizientes Wirtschaften miteinander verbindet. Den gesellschaftlichen Konsens darüber wieder herzustellen, das ist die große Aufgabe, vor der insbesondere Politik und Wirtschaft heute stehen.**

**Nicht die Verabschiedung von der Marktwirtschaft ist daher angesagt, sondern die Rückbesinnung auf deren Kern, der trotz der Krise Gültigkeit hat und nun noch deutlicher hervortritt. Zu**

diesem Kern gehört auch, dass Freiheit in einer Marktwirtschaft nie absolut sein darf, denn die Kräfte des Marktes wirken nur dann im Sinne des Gemeinwohls, wenn sie in eine funktionsfähige, von der Politik vorzugebende Rahmenordnung eingebunden sind.

Auch wenn es um die richtige Balance von Staat und Markt geht, müssen wir das Rad nicht neu erfinden. Die Finanzmarktkrise hat gezeigt: Nur der Staat kann die Märkte in einer systemischen Krise stabilisieren. Und die Politik hat diese immense Herausforderung mit Bravour gemeistert und noch größeren Schaden abgewendet. Dabei sind Staat und Markt längst nicht die unversöhnlichen Gegensätze, zu denen sie bisweilen gemacht werden. Ganz im Gegenteil: Ein freier Markt braucht einen starken Staat. „Stark im Sinne einer ordnenden Kraft“, um mit Walter Eucken zu sprechen, „aber sich zurücknehmend, um der Freiheit des Einzelnen und dem individuellen Antrieb Raum zu geben.“

Das heißt: Die eigentliche Rolle des Staates ist nicht die eines Interventionsstaates, sondern die einer Ordnungsinstanz. Als solche hat er beim Setzen der Spielregeln, als „Schiedsrichter“ und Wächter über den Wettbewerb, aber auch als Moderator des sozialen Ausgleichs seine ungleich wichtigere Funktion. Und in der Krise ist er – mit Blick auf uns Banken – hier und da, zumindest auf Zeit der bessere Eigentümer. Der bessere Unternehmer ist er hingegen nicht – darauf hat auch die Bundeskanzlerin immer wieder hingewiesen.

**Ich bin überzeugt, dass die neue Bundesregierung sich diese Maxime zu Eigen machen wird. Der Weg aus der Krise führt gewiss nicht über weniger Wettbewerb oder gar Protektionismus, sondern über eine konsistente Ordnungspolitik, die der Wirtschaft angemessene Regeln vorgibt, den Wettbewerb stärkt und damit Innovationen und Investitionen – mit anderen Worten: Wachstum und Beschäftigung – im Rahmen eines sozialen Konsens ermöglicht.**

**Meine Damen und Herren,**

**Natürlich spielt auch hier wieder die Vernunft eine entscheidende Rolle: Vernunft in der Wirtschaftspolitik, und das meine ich umfassend, also in der Ordnungs-, Geld- und Finanzpolitik.**

**Warum ist das so wichtig? Im Grunde ist es sehr einfach: Weil wir Wachstum brauchen – weltweit, aber vor allem in Europa und noch mehr in Deutschland.**

**Denn ohne Wachstum werden wir die Probleme, die wir schon vor der Krise hatten und weiter haben, auch wenn sie ein bisschen aus dem Blick geraten sind, nicht lösen. Ohne hinreichendes Wachstum werden wir weder die soziale Sicherung wetterfest machen, noch die öffentlichen Haushalte auf festen Grund zurückführen.**

**Dabei steht die Vernunft in der Geld- und Finanzpolitik in einem besonderen Fokus. Vernunft und das Fingerspitzengefühl dafür, wann die Zeit für die geldpolitische Wende gekommen ist. Klar ist: In der Krise musste die Geldpolitik Feuer mit Feuer bekämpfen. Und: Klar ist auch, dass zur Zeit allein von der Preisentwicklung – noch – kein großer Druck ausgeht, von expansiv wieder auf kontraktiv zu schalten.**

**Aber uns allen muss auch klar sein: Banken, die ihr Geschäft nahezu ausschließlich der günstigen Liquiditätsversorgung durch die Notenbanken verdanken, sind weder nachhaltig noch zukunftsfähig. Für die Finanzpolitiker in Deutschland und Europa ist es nun an der Zeit, den Ausstieg aus den massiven Unterstützungsmaßnahmen vorzubereiten, damit die Schuldenquoten nicht ins Uferlose steigen. Denn ansonsten werden unsere Wohlstands- und Wohlfahrtshoffnungen im Sumpf von unbedienbar gewordenen Schulden versinken. Etwas ironisch könnte man zu diesem Dilemma auch sagen: "Der Kreislauf hat leider kein Loch, durch das Defizite ins Freie entlassen werden können."**

**Ein solider Staatshaushalt hängt ganz entscheidend von klaren und glaubwürdigen Regeln ab. Die Euro-Mitgliedsländer sollten sich gegenseitig dazu anhalten, ihre gemeinsam definierten Haushaltsregeln nicht zur kurzfristigen Konjunkturanregung über Bord zu werfen.**

**Deutschland, die größte Volkswirtschaft Europas und der Stabilitätsanker des Euros, steht hier in einer besonderen Verantwortung. Deutschland muss mit einer konsequenten und vielleicht auch teils schmerzhaften – Haushaltskonsolidierung die Vorreiterrolle übernehmen, damit andere Länder folgen und das Vertrauen in den Euro erhalten bleibt. Und, meine Damen und Herren, mit der Schuldenbremse und dem Bekenntnis zum Stabilitäts- und Wachstumspakt hat die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für eine geordnete Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen zumindest formal geschaffen. Nun bleibt es zu hoffen, dass sich unsere Kanzlerin an die Aussage Ludwig Erhardts erinnert, dass es keine Leistungen des Staates gibt, die sich nicht auf Verzicht des Volkes gründen, und mit ihrer neuen Regierung den Worten auch Taten folgen lässt.**

**Sicher, dass der Plan der Regierung aufgeht, bin ich mir allerdings nicht. Über die private Binnennachfrage will man Produktion und Beschäftigung ankurbeln, auf dass sich die Staatsfinanzen im zweiten Teil der Wahlperiode von selbst sanieren: durch höhere Steuer- und Beitragseinnahmen bei geringeren Ausgaben für Arbeitslosigkeit. Es wäre jedoch nicht das erste Mal in der Geschichte, dass die Hoffnung trügt, Wachstum allein werde es schon richten. Das auf zwei Billionen Euro zustrebende deutsche Staatsdefizit zeugt von den Risiken dieser Strategie.**

**Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, schließt auch Standortpolitik ein, mein nächster Punkt. Und hier meine ich die Politik für den Finanzstandort Deutschland.**

**Die Frage ist: Welche Banken und welche Bankenlandschaft braucht eine so exportstarke Volkswirtschaft wie Deutschland? Es müssen gesunde Banken mit tragfähigen Geschäftsmodellen sein und, ja, veränderte Banken, ich habe dazu ja einiges gesagt – hier am Finanzstandort Düsseldorf ist das, glaube ich, auch gut zu verstehen.**

**Gesunde Banken sind Banken mit Ertragsperspektiven. Empirisch heißt das: 2008 war, 2009 ist und 2010 wird für alle Banken ein schwieriges Jahr. Aber strukturell heißt es: Die Konsolidierung am deutschen Bankenmarkt muss und wird weitergehen.**

**Das ist kein Selbstzweck, aber deutsche Banken sind im Inlandsgeschäft nun einmal weniger rentabel als andere Banken in ihrem jeweiligen Heimatmarkt. Gefordert sind hier alle: die privaten, die genossenschaftlichen und die öffentlich-rechtlichen Institute.**

**Und noch etwas: Wir haben in Deutschland viel zu wenige leistungsfähige, große, auch international schlagkräftige Banken mit echtem Kundengeschäft.**

**Wenn die Industrie, wenn der Mittelstand das starke Spielbein Deutschlands im globalen Wettbewerb sein soll, dann müssen die deutschen Banken das ebenso starke Standbein sein.**

**Stark wird ein Standbein aber nicht, um das auch zu sagen, durch Magerkost. Und deshalb gibt es kein Grundrecht auf ein kostenloses Girokonto oder auf günstigen Kredit. Das ist auch eine Seite der Vernunft, die man natürlich nicht so gerne anschaut und nicht so gern anspricht – aber ansprechen muss.**

**Meine Damen und Herren, in der schärfsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit, deren Folgen uns noch länger beschäftigen werden, haben sich unser politisches System und unsere Wirtschaftsordnung 60 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes als belastbar und stabil erwiesen. Und trotz der schmerzlichen Erfahrungen der letzten Monate gibt es gute Gründe, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken:**

**Einer dieser Gründe ist: Auch die Bürger haben in der Krise besonnen gehandelt. Damit meine ich nicht nur die Sparer, die im Herbst letzten Jahres einen kühlen Kopf bewahrt haben. Auch die Wähler haben deutlich gemacht: Sie wollen keine Abkehr von unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung – selbst bei minus fünf Prozent Wachstum nicht. Dies, meine Damen und Herren, sind – bei allen Problemen – nicht die schlechtesten Voraussetzungen für die Zukunft unseres Landes. Ich danke Ihnen!**